

Vossische Zeitung

Berlinerische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhofs (A 7) 3600—3665.
Fernverkehr: Dönhofs 3666—3698. Telegramme: Ullsteinhaus, Berlin.
Postcheck-Konto: Berlin 660. Monatlich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld

10 Pf. [Auswärts 15 Pf.] · Nr 159

Berlin

DIENSTAG, 4. APRIL 1933

Verantwortlich für den Gesamthalt: Dr. Gerhard Thimm, Berlin.
Anzeigen-Preise: mm-Zeile 32 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.
Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 66, Kochstraße 22-26

MORGEN-AUSGABE

Frankreichs Gegenvorschläge

Einwendungen gegen die Vertragsrevision?

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 3. APRIL

Die französischen Gegenvorschläge zum Mussolini-Plan, deren schriftliche Zusammenfassung in einem Memorandum heute vom Kabinettsrat beschlossen wurde, werden voraussichtlich in einem weiteren Ministerrat am Mittwoch feierlichsteig werden. Da die Vorberathungen mit dem englischen Botschafter Lord Tyrrell und mit dem aus Rom zur Weiterverhandlung herbeigeeufenen französischen Botschafter de Jouvenel auf der einen Seite, mit dem Wortführer der kleinen Entente, Titulescu, auf der anderen Seite schon weit gediehen sind, so werden hier auch schon über den Inhalt des französischen Memorandums Einzelheiten verbreitet, die viel Wahrscheinlichkeit für sich haben.

Das Hauptziel der französischen Gegenvorschläge wird in formaler Hinsicht die Aufhebung der Verbindlichkeiten sein; in sachlicher Hinsicht wird die französische Regierung Einwendungen gegen die in dem Mussolini-Plan enthaltenen Möglichkeiten einer Vertragsrevision machen.

Wie der „Tamps“ mitteilt, werden die französischen Gegenvorschläge zunächst darauf hinauslaufen, den Großmächten das in den Rahmen des Völkerbundes einzubauen. Nach der Meinung der Völkervereinigung, die an sich bereits im Artikel 10 des Völkerbundespatentes vorgehen ist, so wird die französische Regierung in ihrem Memorandum mehrere Erklärungen der englischen und der italienischen Regierung erteilen. Die französische Regierung, schreibt der „Tamps“, werde nicht ablehnen, daß der Artikel 10 des Völkerbundespatentes isoliert werde vom Artikel 3 (Die Verfassung bekräftigt sich mit jeder Frage, die den Frieden der Welt berührt), vom Artikel 10 (Die Mitglieder des Völkerbundes verpflichten sich, die territoriale Integrität und die politische Unabhängigkeit aller Bundesmitglieder zu achten und gegen jeden äußeren Angriff aufrechtzuerhalten) und vom Artikel 16 (Sanktionen gegen einen Staat, der den Pakt verletzt hat).

Während innerhalb der französischen Regierung jetzt die Spezialisten des Dual-De-Lafay die weitere Behandlung des Mussolini-Projekts übernahmen haben, lassen darüber die diplomatischen Berathungen mit den Vertretern der anderen Mächte. Der rumänische Außenminister Titulescu hält sich noch immer in Paris auf, er hatte heute eine zweistündige Unterredung mit dem englischen Botschafter Lord Tyrrell und später eine Besprechung mit dem sozialistischen Parteiführer Leon Blum.

Am Mittwoch wird der Führer der amerikanischen Delegation auf der Abrüstungskonferenz Norman Davis in Paris erwartet. Von London aus hat er dem Vertreter der Rüstungsagentur eine längere Erklärung abgegeben. Lieber die Kriegsschuldenfrage sagte Norman Davis, das beste Mittel sei seiner Ansicht nach eine psychologische Umschaltung bei den Völkern der interessierten Länder. Bisher bestünde noch „ein Abgrund“ zwischen der europäischen und der amerikanischen Schuldentheorie, und es müßte eine Annäherung eintreten, die die Ueberbrückung dieses Abgrundes ermöglichen könnte. Auf eine Zwischenbemerkung des Journalisten, daß die englische These das Kriegsschuldenproblem mit der Weltwirtschaftskonferenz verknüpfe, erklärte Norman Davis kategorisch, daß darüber zwischen dem amerikanischen Gläubiger und den europäischen Schuldnern keinen Handel irgendwelcher Art geben könnte. Die endgültige Regelung des Schuldensystems sei kein unmittelbares Zielmittel für die Weltwirtschaftskonferenz, und deshalb müßten schon jetzt alle Vorbereitungen getroffen werden, um den Erfolg der Weltwirtschaftskonferenz zu sichern.

Ueber den Stand der Abrüstungskonferenz meinte Norman Davis, jedes Land müsse das Recht haben, sich mit allen Befähigungen zu verteidigen. Denn die wahre Sicherheit bestehe für jeden Staat zunächst in der Aufrechterhaltung seiner territorialen Unversehrtheit. Norman Davis äußerte sich günstig über das französische Defensiv-Bereitigungssystem, fügte aber hinzu, der Plan würde unter gewissen Bedingungen zulassen, daß Deutschland ebenfalls ermächtigt würde, ein Festungssystem zu errichten, dessen Größe nur in dem Defensiv-System, für das sie bestimmt sei, benutzt werden könnten und auf keine andere Weise.

Die Einführung des Sichtvermerks

Amlich wird mitgeteilt: Auf Grund der §§ 3, 6 Abs. 1 der Passverordnung vom 10. Juni 1919 (Reichsgesetzbl. S. 516) bestimmt ich folgendes:

§ 1

Reisepässegehörige bedürfen bis auf weiteres zum Grenzübertritt bei der Ausreise aus dem Reichsgebiet eines Sichtvermerks, § 42 der Passbekanntmachung vom 7. Juni 1932 (Reichsgesetzbl. I S. 257) findet insoweit keine Anwendung.

§ 2

Der Ausreise-Sichtvermerk ist nach anliegendem Muster zu erteilen.

Die Freiz. innerhalb deren der Sichtvermerk am Grenzübertritt benutzt werden darf (Währungsfrist) ist festzusetzen:

- a) zur einmaligen Ausreise auf höchstens einen Monat;
- b) zur beliebig häufigen Ausreise auf höchstens sechs Monate.

§ 3

Im übrigen finden die die Erteilung von Sichtvermerken regelnden Bestimmungen der Passbekanntmachung vom 7. Juni 1932 Anwendung.

§ 4

Diese Bekanntmachung tritt mit dem 4. April 1933 in Kraft.
Berlin, den 1. April 1933

Der Reichsminister des Innern
gez. Frick.

*

In Ausführung der Verordnung über die vorübergehende Wiederherstellung des Reichsreisepasses durch den Reichspräsidenten vom 1. April 1933

geteilt, daß die Verordnung in der Nacht vom Montag zum Dienstag um 12 Uhr in Kraft zu treten ist. Die Sichtvermerke werden gleichzeitig von den Sichtvermerksbehörden ausgestellt. In Berlin vom Polizeipräsidium. Die Ausfertigung des § 42 der Passbekanntmachung vom 7. Juni 1932 bedeutet, daß künftig auch Sichtvermerksausgang für Reisepässegehörige (bisher nur für Ausländer) Geltung hat. Ein weiterer Schritt folgt noch.

*

Die neue Verordnung über den Sichtvermerk hat die grundsätzliche Bedeutung, daß das bisherige Recht der Reisepässegehörigen, die Grenze ohne Sichtvermerk zu überqueren, beseitigt wird. Nach der in der neuen Verordnung älteren Bekanntmachung vom 7. Juni 1932 bedürfte sich bisher die Verpflichtung zur Erlangung eines Sichtvermerks auf Ausländer, d. h. die nicht reisepässegehörigen Personen über 15 Jahre. Nunmehr werden auch die Inländer ebenso behandelt.

Ueber die Erteilung des Sichtvermerks enthält die Bekanntmachung von 1932 eine Reihe von Bestimmungen, die auch nach der neuen Verordnung Anwendung zu finden haben. Dazu gehört insbesondere die Vorfrist über die Befähigung des Sichtvermerks. Nach Paragraph 51 der Bekanntmachung vom 7. Juni 1932 ist der Sichtvermerk aus verschiebenden Gründen zu verweigern. Der wichtigste Grund ist der, daß Tatsachen vorliegen, die die Annahme rechtfertigen, daß die beabsichtigte Reise die innere oder äußere Sicherheit oder sonstige erhebliche Belange des Reiches oder eines deutschen Landes gefährden. Daneben treten Verfassungsgründe, wie z. B. wenn der Verdacht besteht, daß die Zollvorschriften übertreten oder umgangen werden sollen.

Abwehr und Boykott

Somit die Boykottaktion den Zweck hatte, der Verbreitung unwahrer Nachrichten über Deutschland einen Riegel vorzuschieben, hat sie, mehr noch allerdings die freiwillige, intensive Aufklärungsarbeit der vorangegangenen Tage, ihren Zweck erfüllt. Schon seit geraumer Zeit sind in der europäischen Presse des Auslandes Meldungen über die deutschen Dinge nicht mehr aufgetaucht. Es darf aber auch nicht veräußert werden, daß die Vorgänge am Sonnabend gerade auch in wohlgeleiteten Auslandskreisen, vor allem Englands, nächste Kritik gefunden haben. Wer das dem deutschen Volke nicht sagt, erweist ihm einen schlechten Dienst. So meinen die „Times“, es sei „nicht erhebbend“, daß eine große Nation, die viele Jahre lang einen ganzen Welt in Waffen überdeckten, sich jetzt gegen eine Minderheit, die weniger als einem Prozent betrage, die Maßregeln, mit der sich die Aktion am Sonnabend vollzog, wird im allgemeinen gerühmt; oder es wird auch die Würde anerkannt, mit der die deutschen Juden diesen Tag ertragen hätten.

In der italienischen Presse, die durchaus geneigt ist, die deutschen Vorgänge mit Wohlwollen zu kommentieren, nehmen die Berliner Korrespondenten kritisch Stellung. So meint der „Popolo d'Italia“, daß die Auslandspropaganda gegen Deutschland „schäblich“ Interessen entzünge, die nichts mit der Konfession und nicht einmal mit den Lebens- und Wirtschaftsinteressen der über die Welt verstreuten jüdischen Gemeinden irgend etwas gemein habe. Es handle sich um eine wohlüberlegte politische Offensive gegen das neue Deutschland, wobei die angeblichen Verfolgungen der Juden vorgeschobene Motive und Bewände seien.

Der Mailänder „Corriere della Sera“ spricht von einer Atmosphäre von „Hass, Verurteilung und Streik“, die im stärksten Gegensatz zu dem Bedürfnis der Welt nach Frieden, Ruhe und Objektivität stehe. Schon seien Zeichen größerer Vorhoff und Objektivität gegenüber Deutschland bemerkbar, und es könne nicht zweifelhaft sein, daß, wenn erst einmal die äußeren Ursachen für die übermäßige Reaktion in Deutschland fortgeschaffen seien, auch Deutschland sein inneres Gleichgewicht und seine Stellung als wichtiger Faktor für die Kultur und für die Zusammenarbeit der Völker wiederfinden werde.

Grade der Umstand, daß die nationalsozialistische Bewegung auf die unwahren Verhältnisse über Deutschland mit solch leidenschaftlicher Abwehr reagiert, zeigt an, daß auch ihr die Meinung der Welt keineswegs gleichgültig ist. Die Reaktion des deutschfreundlichen Auslandes auf die Vorgänge am Sonnabend muß also auch ihre zu denken geben.

Die Erklärungen führender Nationalsozialisten klingen so, als sei die Wiederaufnahme des Boykotts am Mittwoch nicht maßgebend. Es besteht Einmütigkeit darüber, daß von einer Erweichung im Ausland nichts mehr zu spüren ist. Wenn sich hier und da noch immer Ausweichungen ereignen, wie z. B. in Katowitz, worüber bereits berichtet wurde, so handelt es sich hier um den heißen deutsch-polnischen Streitkomplex, der nicht erst in diesen Tagen brennend geworden ist. Bei der Aufzählung der französischen Filmbetriebe, die deutsche Filme zu boykottieren, sind die Konkurrenzmethe ganz besonders und in unerwarteter Weise beteiligt. Wenn schließlich in New York ein gewisser Schapiro zu einem „Weltboykott der deutschen Waren“ aufruft, so ist darauf hinzuweisen, daß es sich, wie auch die Scherzblätter hervorheben, um einen völlig einflusslosen und leicht beleumachteten Geschäftsmann handelt, der hier eine unwirksame „Einzelaktion“ unternommen hat.

Im einzelnen wäre noch zu sagen, daß es auf unparteiische Beurteilung einer unerwartlichen Wendung ankommt, wenn diese angeht, daß die jüdischen Juden ganz generell Wirtschaft und Landesvermögen verwerfen. Am wenigsten sollte man sich bitten, die Motive der Aktion selbst zu konpromittieren. Wenn zum Beispiel der bekannte deutschnationale Journalist Stein (Puppenspiel) von „Verführungen“ spricht, „indem nach Jahren bitterer Not Deutsche wieder zu etwas kommen, wo bisher eben das Monopol hatten“, so unterstellt er den Urheber der Abwehrbewegung, daß Konfessionsmäßig bei ihren Abhängigkeiten im Spiel war. Es hätten allen Anlaß, sich gegen derartige Handlungen, die Bedeutungen des wahren Sinnes ihres Unternehmens zu verwerfen.

Auch wenn der Boykott am Sonnabend zu Ende gegangen ist, hat er Spuren hinterlassen, die den Tag überdauern. Die in Bausch und Bogen erregte Verwirrung jüdischer Anwälte von den Gerichten und ähnliche Maßnahmen stellen Tausende von Intellektuellen vor den Kopf. Es handelt sich hier: gleich um Männer, die ein Leben lang das Vertrauen ihrer